

Stand: 03.04.2026 07:46:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9170

"Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Berichtspflicht über die Lage und Entwicklung der Forstwirtschaft im Freistaat Bayern sowie über die zur Förderung der Forstwirtschaft erforderlichen Maßnahmen aus dem Agrarbericht in den Waldbericht übertragen (Drs. 19/8568)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9170 vom 02.12.2025
2. Mitteilung 19/9885 vom 04.02.2026
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/10032 des WI vom 12.02.2026



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen – Berichtspflicht über die Lage und Entwicklung der Forstwirtschaft im Freistaat Bayern sowie über die zur Förderung der Forstwirtschaft erforderlichen Maßnahmen aus dem Agrarbericht in den Waldbericht übertragen (Drs. 19/8568)

Der Landtag wolle beschließen:

§ 35 wird wie folgt gefasst:

„§ 35

Änderung des Bayerischen Waldgesetzes

In Art. 25 des Bayerischen Waldgesetzes (BayWaldG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Juli 2005 (GVBl. S. 313, BayRS 7902-1-L), das zuletzt durch § 10 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 619) geändert worden ist, wird die Angabe „Agrarberichts“ durch die Angabe „Waldberichts“ ersetzt.“

Begründung:

Der Agrarbericht wird dem Landtag auf Grundlage von Drucksache 7/298 vom 12. März 1971 gegeben, aktuell im zweijährigen Turnus. Im Rahmen des Agrarberichts berichtet die Staatsregierung nach Art. 25 des Bayerischen Waldgesetzes (BayWaldG) über die Lage und Entwicklung der Forstwirtschaft im Freistaat Bayern sowie über die zur Förderung der Forstwirtschaft erforderlichen Maßnahmen. Das Argument bürokratieärmer, anlassbezogener greift hier nicht. Der Agrarbericht selbst ist der Anlass. Die den Wald betreffenden Informationen umfassen drei Seiten im alle zwei Jahre erscheinenden Agrarbericht. Der Agrarbericht informiert prägnant über Betriebs- und Besitzstruktur und die Betriebswirtschaftliche Situation der Waldbesitzarten inkl. Staatswald. Diese wichtigen Informationen sind bisher nicht im Waldbericht veröffentlicht, der alle drei Jahre im Auftrag des Landtags veröffentlicht wird. Sie nicht gänzlich verschwinden zu lassen, sondern sie sinnvollerweise in den Waldbericht zu übernehmen, entspricht der geforderten anlassbezogenen Berichterstattung. Der Waldbericht geht zurück auf den Beschluss vom 27. Mai 2009 (Drs. 16/1451), mit dem der Landtag die Staatsregierung beauftragt hat, alle drei Jahre umfassend über den Zustand der Wälder und über wichtige Entwicklungen in der Forstwirtschaft zu berichten.



Mitteilung

Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9170

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen – Berichtspflicht über die Lage und Entwicklung der Forstwirtschaft im Freistaat Bayern sowie über die zur Förderung der Forstwirtschaft erforderlichen Maßnahmen aus dem Agrarbericht in den Waldbericht übertragen

(Drs. 19/8568)

Der Änderungsantrag mit der Drucksachennummer 19/9170 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 19/8568

Viertes Modernisierungsgesetz Bayern

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9152

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern

hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Pflicht der Träger zur Teilnahme an Datenerhebungen und Erstattung von Qualitätsberichten im Bayerischen Maßregelvollzugsgesetz beibehalten (Drs. 19/8568)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9153

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern

hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen – Berichtspflicht im Mittelstandsförderungsgesetz beibehalten (Drs. 19/8568)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9154

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern

hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen – Berichtspflichten der Versorgungsanstalten der freien Berufe im Gesetz über das öffentliche Versorgungswesen beibehalten (Drs. 19/8568)

- 5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/9155

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen – Berichtspflicht im Bayerischen Naturschutzgesetz beibehalten
(Drs. 19/8568)
- 6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/9156

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen – Berichtspflicht im Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetz beibehalten
(Drs. 19/8568)
- 7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/9157

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen – Berichtspflicht im Bayerischen Lobbyregistergesetz und im Bayerischen Beauftragungsgesetz beibehalten
(Drs. 19/8568)
- 8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/9158

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Evaluationsbestimmungen im HföD-Gesetz beibehalten
(Drs. 19/8568)
- 9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/9159

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Berichtspflicht der Staatsregierung gegenüber dem Landtag über die Entwicklung der Beamtenversorgung im Gesetz über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern beibehalten
(Drs. 19/8568)

- 10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9160

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Gleichstellungsbericht im Bayerischen Gleichstellungsgesetz beibehalten
(Drs. 19/8568)
- 11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9161

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Berichtspflicht im Bayerischen Pflegendengesetz beibehalten
(Drs. 19/8568)
- 12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9162

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Berichtspflicht im Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz beibehalten
(Drs. 19/8568)
- 13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9163

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Berichtspflicht im Bayerischen Klimaschutzgesetz beibehalten, Transparenz und Mitwirkung ausbauen
(Drs. 19/8568)
- 14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9164

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Evaluations- und Berichtsvorgaben im Bayerischen Hochschulinnovationsgesetz beibehalten
(Drs. 19/8568)

- 15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9165
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern**
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Evaluationspflicht im Bayerischen Universitätsklinikagesetz beibehalten
(Drs. 19/8568)
- 16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9166
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern**
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Berichtspflicht im Bayerischen Hochschulzulassungsgesetz beibehalten
(Drs. 19/8568)
- 17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9167
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern**
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Evaluationspflicht im Bayerischen Eliteförderungsgesetz beibehalten
(Drs. 19/8568)
- 18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9168
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern**
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Berichtspflicht im Erwachsenenbildungsförderungsgesetz beibehalten
(Drs. 19/8568)
- 19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9169
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern**
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Berichtspflicht im Staatsforstengesetz über die vorbildliche Bewirtschaftung des Staatswaldes und die vorbildliche Jagdausübung beibehalten
(Drs. 19/8568)

- 20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9170
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Berichtspflicht im Staatsforstengesetz über die vorbildliche Bewirtschaftung des Staatswaldes und die vorbildliche Jagdausübung beibehalten
(Drs. 19/8568)
- 21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9171
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Hohe Anforderungen an Rettungsdienst-Einsatzfahrzeuge im Bayerischen Rettungsdienstgesetz nicht ausdünnen!
(Drs. 19/8568)
- 22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9172
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Leistungsstufen und Mindestbudgets für Leistungsprämien im Bayerischen Besoldungsgesetzes beibehalten
(Drs. 19/8568)
- 23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9173
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes
(Drs. 19/8568)
- 24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9174
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Auswirkungen der Streichung des Begriffs "Stand der Technik" evaluieren
(Drs. 19/8568)

- 25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Gießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. SPD**
Drs. 19/9175
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sicherstellen - Berichtspflicht im Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz beibehalten
(Drs. 19/8568)
- 26. Änderungsantrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9243
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Psychiatrieberichterstattung
(Drs. 19/8568)
- 27. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9324
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Gleichstellungsbericht
(Drs. 19/8568)
- 28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9491
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: § 7 Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes - Zielabweichungsverfahren
(Drs. 19/8568)
- 29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9492
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: § 7 Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes - Landesplanungsbeirat
(Drs. 19/8568)

- 30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9493

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: § 7 Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes - verbindliche Inhalte von LEP und Regionalplänen
(Drs. 19/8568)
- 31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9494

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: § 7 Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes – Veröffentlichungsfrist Raumverträglichkeitsprüfung
(Drs. 19/8568)
- 32. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9495

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: § 7 Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes – Raumbewachung
(Drs. 19/8568)
- 33. Änderungsantrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9622

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Gesundheitsdienstgesetz
(Drs. 19/8568)
- 34. Änderungsantrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9623

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Schulgesundheitspflegeverordnung
(Drs. 19/8568)

- 35. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9624

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Verbindlichkeit und behördliche Mitsprache in der Landesplanung sichern
(Drs. 19/8568)
- 36. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9625

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Den Landesplanungsbeirat als unabhängiges Expertengremium erhalten
(Drs. 19/8568)
- 37. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9626

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Keine thematische Aushöhlung der Landesplanung
(Drs. 19/8568)
- 38. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9627

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Umweltbelange in der Landesplanung ausreichend sicherstellen
(Drs. 19/8568)
- 39. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9628

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Wirksame Planungsbeschleunigung mit angemessener Beteiligung sicherstellen
(Drs. 19/8568)

- 40. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9629

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Kein fachlicher und demokratischer Rückschritt in der Landesplanung
(Drs. 19/8568)
- 41. Änderungsantrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Holger Grießhammer u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9630

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Klimabericht erhalten und Learnings umsetzen - für eine zukunftsgerichtete Klimapolitik
(Drs. 19/8568)
- 42. Änderungsantrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9631

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Reform und Weiterentwicklung der Vereinigung der Pflegenden in Bayern
(Drs. 19/8568)
- 43. Änderungsantrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Holger Grießhammer u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9632

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Bericht zur Lage der Natur und Bericht zum Biotopverbund erhalten
(Drs. 19/8568)
- 44. Änderungsantrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9633

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Waldbericht erhalten - Waldverjüngung vorantreiben
(Drs. 19/8568)

- 45. Änderungsantrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9634

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Bayerisches Rettungsdienstgesetz
(Drs. 19/8568)
- 46. Änderungsantrag der Abgeordneten Sabine Gross, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9635

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Schienennahverkehrsplan
(Drs. 19/8568)
- 47. Änderungsantrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9636

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes
(Drs. 19/8568)
- 48. Änderungsantrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Holger Grießhammer u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9637

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Technische Anforderungen bei Seilbahnen nicht absenken
(Drs. 19/8568)
- 49. Änderungsantrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/9651

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern
hier: Bericht des oder der Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung
(Drs. 19/8568)

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)

Drs. 19/9701

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern

hier: Gesetz zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (Drs. 19/8568)

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)

Drs. 19/9702

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern

hier: Bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (Drs. 19/8568)

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)

Drs. 19/9816

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern

hier: § 35 Änderung des Bayerischen Waldgesetzes (Drs. 19/8568)

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/9959

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Viertes Modernisierungsgesetz Bayern

(Drs. 19/8568)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter zu 1:

Berichterstatterin zu 7-10, 14-18, 22, 25:

Berichterstatterin zu 2-4, 6, 11-12, 21:

Berichterstatter zu 5, 13, 19-20, 23-24, 28-32:

Berichterstatter zu 26-27, 33-44, 46, 48:

Berichterstatter zu 45, 47, 49:

Berichterstatter zu 50-51:

Mitberichterstatter zu 1:

Mitberichterstatter zu 2-51:

Josef Schmid

Stephanie Schuhknecht

Barbara Fuchs

Martin Stümpfig

Florian von Brunn

Christiane Feichtmeier

Oskar Lipp

Martin Stümpfig

Josef Schmid

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr, der Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention, der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus, der Ausschuss für Bildung und Kultus, der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie und der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz haben den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/9152, Drs. 19/9153, Drs. 19/9154, Drs. 19/9155, Drs. 19/9156, Drs. 19/9157, Drs. 19/9158, Drs. 19/9159, Drs. 19/9160, Drs. 19/9161, Drs. 19/9162, Drs. 19/9163, Drs. 19/9164, Drs. 19/9165, Drs. 19/9166, Drs. 19/9167, Drs. 19/9168, Drs. 19/9169, Drs. 19/9170, Drs. 19/9171, Drs. 19/9172, Drs. 19/9173, Drs. 19/9174, Drs. 19/9175, Drs. 19/9243, Drs. 19/9324, Drs. 19/9491, Drs. 19/9492, Drs. 19/9493, Drs. 19/9494, Drs. 19/9495, Drs. 19/9622, Drs. 19/9623, Drs. 19/9624, Drs. 19/9625, Drs. 19/9626, Drs. 19/9627, Drs. 19/9628, Drs. 19/9629, Drs. 19/9630, Drs. 19/9631, Drs. 19/9632, Drs. 19/9633, Drs. 19/9634, Drs. 19/9635, Drs. 19/9636, Drs. 19/9637, Drs. 19/9651, Drs. 19/9701 und Drs. 19/9702 in seiner 40. Sitzung am 29. Januar 2026 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9491 und 19/9624 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9162, 19/9173, 19/9243, 19/9494 und 19/9628 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9152, 19/9153, 19/9154, 19/9155, 19/9156, 19/9157, 19/9158, 19/9159, 19/9160, 19/9161, 19/9163, 19/9168, 19/9169, 19/9170, 19/9171, 19/9172, 19/9175, 19/9324, 19/9492, 19/9493, 19/9495, 19/9625, 19/9626, 19/9627, 19/9630, 19/9631, 19/9632, 19/9633, 19/9634 und 19/9651 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9164 und Drs. 19/9165 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9701 und 19/9702 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9622, 19/9623, 19/9629, 19/9635, 19/9636 und 19/9637 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9166, 19/9167 und 19/9174 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/9156, Drs. 19/9158, Drs. 19/9159, Drs. 19/9160, Drs. 19/9172, Drs. 19/9324 und Drs. 19/9651 in seiner 30. Sitzung am 3. Februar 2026 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimm-
ergebnis:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9156, 19/9158, 19/9159, 19/9160,
19/9172, 19/9324 und 19/9651 hat der Ausschuss mit folgendem Stimm-
ergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat den Gesetzentwurf und die
Änderungsanträge Drs. 19/9174, Drs. 19/9635 und Drs. 19/9637 in seiner
37. Sitzung am 3. Februar 2026 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimm-
ergebnis:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9637 hat der Ausschuss mit folgen-
dem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9635 hat der Ausschuss mit folgen-
dem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9174 hat der Ausschuss mit folgen-
dem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/9161, Drs. 19/9162, Drs. 19/9243, Drs. 19/9622, Drs. 19/9623, Drs. 19/9631, Drs. 19/9701 und Drs. 19/9702 in seiner 34. Sitzung am 3. Februar 2026 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9162 und 19/9243 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9161 und 19/9631 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9701 und 19/9702 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9622 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9623 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

6. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/9171, Drs. 19/9174, Drs. 19/9634 und Drs. 19/9636 in seiner 39. Sitzung am 4. Februar 2026 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9171, 19/9174, 19/9634 und 19/9636 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

7. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/9152, Drs. 19/9153, Drs. 19/9154, Drs. 19/9155, Drs. 19/9156, Drs. 19/9157, Drs. 19/9158, Drs. 19/9159, Drs. 19/9160, Drs. 19/9161, Drs. 19/9162, Drs. 19/9163, Drs. 19/9164, Drs. 19/9165, Drs. 19/9166, Drs. 19/9167, Drs. 19/9168, Drs. 19/9169, Drs. 19/9170, Drs. 19/9171, Drs. 19/9172, Drs. 19/9173, Drs. 19/9174, Drs. 19/9175, Drs. 19/9243, Drs. 19/9324, Drs. 19/9491, Drs. 19/9492, Drs. 19/9493, Drs. 19/9494, Drs. 19/9495, Drs. 19/9622, Drs. 19/9623, Drs. 19/9624, Drs. 19/9625, Drs. 19/9626, Drs. 19/9627, Drs. 19/9628, Drs. 19/9629, Drs. 19/9630, Drs. 19/9631, Drs. 19/9632, Drs. 19/9633, Drs. 19/9634, Drs. 19/9635, Drs. 19/9636, Drs. 19/9637, Drs. 19/9651, Drs. 19/9701, Drs. 19/9702 und Drs. 19/9816 in seiner 83. Sitzung am 4. Februar 2026 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9491 und 19/9624 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9173, 19/9243, 19/9494 und 19/9628 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9152, 19/9153, 19/9154, 19/9155, 19/9156, 19/9157, 19/9158, 19/9159, 19/9160, 19/9161, 19/9162, 19/9163, 19/9168, 19/9169, 19/9170, 19/9171, 19/9172, 19/9175, 19/9324, 19/9492, 19/9493, 19/9495, 19/9625, 19/9626, 19/9627, 19/9630, 19/9631, 19/9632, 19/9633, 19/9634 und 19/9651 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9164 und 19/9165 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9701, 19/9702 und 19/9816 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9622, 19/9623, 19/9629, 19/9635, 19/9636 und 19/9637 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9166, 19/9167 und 19/9174 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

8. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/9633, Drs. 19/9637 und Drs. 19/9816 in seiner 34. Sitzung am 4. Februar 2026 mitberaten. Der Änderungsantrag Drs. 19/9170 wurde in der Sitzung zurückgenommen.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9633 und 19/9637 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9816 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

9. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 19/9168 in seiner 36. Sitzung am 12. Februar 2026 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9168 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

10. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/9152, Drs. 19/9156, Drs. 19/9160, Drs. 19/9162, Drs. 19/9175, Drs. 19/9243, Drs. 19/9324, Drs. 19/9651 und Drs. 19/9702 in seiner 37. Sitzung am 12. Februar 2026 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9243 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9152, 19/9156, 19/9160, 19/9162, 19/9175, 19/9324 und 19/9651 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9702 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

11. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/9155, Drs. 19/9163, Drs. 19/9630, Drs. 19/9632 und Drs. 19/9959 in seiner 34. Sitzung am 12. Februar 2026 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. In § 6 Nr. 8 wird in Art. 83 Abs. 9 Satz 1 bis 3 die Angabe „§ 76 Satz 1“ jeweils durch die Angabe „§ 74 Satz 1“ ersetzt.
2. In § 7 Nr. 28 wird in Art. 33 Abs. 1 bis 3 und Abs. 4 Satz 1 und 2 die Angabe „§ 76 Satz 1“ jeweils durch die Angabe „§ 74 Satz 1“ ersetzt.
3. § 11 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Wortlaut wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Angabe „Art. 19 des Mittelstandsförderungsgesetzes“ wird durch die Angabe „Das Mittelstandsförderungsgesetz“ ersetzt.
 - bb) Die Angabe „aufgehoben.“ wird durch die Angabe „wie folgt geändert.“ ersetzt.
 - b) Die folgenden Nrn. 1 und 2 werden angefügt:
 - „1. Die Inhaltsübersicht wird gestrichen.“
 2. Art. 19 wird aufgehoben.“
4. In § 14 Nr. 1 wird die Angabe „eingefügt“ durch die Angabe „ersetzt“ ersetzt.
5. § 40 wird wie folgt geändert:
 - a) Vor Nr. 1 wird folgende Nr. 1 eingefügt:
 - „1. Die Inhaltsübersicht wird gestrichen.“
 - b) Die bisherigen Nrn. 1 und 2 werden die Nrn. 2 und 3.
6. § 55 wird aufgehoben.
7. Die §§ 56 bis 60 werden die §§ 55 bis 59.
8. § 61 wird aufgehoben.
9. § 62 wird § 60.
10. § 63 wird § 61 und in Nr. 7 wird in Art. 108 Abs. 15 die Angabe „§ 76 Satz 2“ jeweils durch die Angabe „§ 74 Satz 2“ ersetzt.
11. Die §§ 64 bis 75 werden die §§ 62 bis 73.
12. § 76 wird § 74 und in Satz 2 wird die Angabe „§§ 63 bis 75“ durch die Angabe „§§ 61 bis 73“ ersetzt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9959 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9155, 19/9163, 19/9630 und 19/9632 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

12. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/9152, Drs. 19/9153, Drs. 19/9154, Drs. 19/9155, Drs. 19/9156, Drs. 19/9157, Drs. 19/9158, Drs. 19/9159, Drs. 19/9160, Drs. 19/9161, Drs. 19/9162, Drs. 19/9163, Drs. 19/9164, Drs. 19/9165, Drs. 19/9166, Drs. 19/9167, Drs. 19/9168, Drs. 19/9169, Drs. 19/9171, Drs. 19/9172, Drs. 19/9173, Drs. 19/9174, Drs. 19/9175, Drs. 19/9243, Drs. 19/9324, Drs. 19/9491, Drs. 19/9492, Drs. 19/9493, Drs. 19/9494, Drs. 19/9495, Drs. 19/9622, Drs. 19/9623, Drs. 19/9624, Drs. 19/9625, Drs. 19/9626, Drs. 19/9627, Drs. 19/9628, Drs. 19/9629, Drs. 19/9630, Drs. 19/9631, Drs. 19/9632, Drs. 19/9633, Drs. 19/9634, Drs. 19/9635, Drs. 19/9636, Drs. 19/9637, Drs. 19/9651, Drs. 19/9701, Drs. 19/9702, Drs. 19/9816 und Drs. 19/9959 in seiner 38. Sitzung am 12. Februar 2026 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

- CSU: Zustimmung
- FREIE WÄHLER: Zustimmung
- AfD: Enthaltung
- B90/GRÜ: Ablehnung
- SPD: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz zugestimmt mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

– Eingesetzt werden:

1. In § 6 Nr. 8 in Art. 83 Abs. 9:
 - a) Satz 1
 - aa) in den ersten Platzhalter der „31. März 2026“,
 - bb) in den zweiten Platzhalter der „31. März 2026“,
 - cc) in den dritten Platzhalter der „31. März 2031“,
 - b) Satz 3 in den Platzhalter der „31. März 2026“,
2. in § 7 Nr. 28 in Art. 33:
 - a) Abs. 1
 - aa) in den ersten Platzhalter der „1. April 2026“,
 - bb) in den zweiten Platzhalter der „31. März 2026“,
 - b) Abs. 2
 - aa) in den ersten Platzhalter der „1. April 2026“,
 - bb) in den zweiten Platzhalter der „31. März 2026“,
 - c) Abs. 3
 - aa) in den ersten Platzhalter der „1. April 2026“,
 - bb) in den zweiten Platzhalter der „31. März 2026“,

- d) Abs. 4
 - aa) Satz 1
 - aaa) in den ersten Platzhalter der „1. April 2026“,
 - bbb) in den zweiten Platzhalter der „31. März 2026“,
 - bb) Satz 2 in den Platzhalter der „31. März 2026“,
 - 3. in § 61 Nr. 7 in Art. 108 Abs. 15:
 - a) in den ersten Platzhalter die Jahreszahl „2026“
 - b) in den zweiten Platzhalter die Jahreszahl „2026“
 - 4. in § 74
 - a) Satz 1 in den Platzhalter den „1. April 2026“
 - b) Satz 2 in den Platzhalter der „1. Januar 2027“.
- Vollzitate werden wie folgt aktualisiert:
1. In dem Wortlaut von § 1 wird die Angabe „die zuletzt durch § 4 der Verordnung vom 20. Mai 2025 (GVBl. S. 158) geändert worden ist“ durch die Angabe „die zuletzt durch § 2 der Verordnung vom 20. Januar 2026 (GVBl. S. 39) geändert worden ist“ ersetzt.
 2. In dem Einleitungssatz von § 5 wird die Angabe „die zuletzt durch § 2 der Verordnung vom 18. Juni 2025 (GVBl. S. 229) geändert worden ist“ durch die Angabe „die zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 699) geändert worden ist“ ersetzt.
 3. In dem Einleitungssatz von § 6 wird die Angabe „die zuletzt durch die §§ 4 und 5 des Gesetzes vom 25. Juli 2025 (GVBl. S. 254) geändert worden ist“ durch die Angabe „die zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 657), durch § 4 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 667) und durch § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 699) geändert worden ist“ ersetzt.
 4. In dem Einleitungssatz von § 10 wird die Angabe „das zuletzt durch § 11 des Gesetzes vom 23. Dezember 2022 (GVBl. S. 718) geändert worden ist“ durch die Angabe „das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 21. November 2025 (GVBl. S. 573) geändert worden ist“ ersetzt.
 5. In dem Einleitungssatz von § 26 wird die Angabe „das zuletzt durch § 14 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 605) und durch § 8 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 632) geändert worden ist“ durch die Angabe „das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 657) geändert worden ist“ ersetzt.

6. In dem Wortlaut von § 30 wird die Angabe „das zuletzt durch Gesetz vom 21. Februar 2025 (GVBl. S. 46) geändert worden ist“ durch die Angabe „das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 21. November 2025 (GVBl. S. 570) geändert worden ist“ ersetzt.
7. In dem Wortlaut von § 35 wird die Angabe „das zuletzt durch § 10 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 619) geändert worden ist“ durch die Angabe „das zuletzt durch Gesetz vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 693) geändert worden ist“ ersetzt.
8. In dem Wortlaut von § 36 wird die Angabe „die zuletzt durch Verordnung vom 29. August 2025 (GVBl. S. 523) und durch Verordnung vom 11. September 2025 (GVBl. S. 535) geändert worden ist“ durch die Angabe „die zuletzt durch § 1 der Verordnung vom 16. Dezember 2025 (GVBl. S. 729) geändert worden ist“ ersetzt.
9. In dem Einleitungssatz von § 42 wird die Angabe „das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2024 (GVBl. S. 247) geändert worden ist“ durch die Angabe „das zuletzt durch Gesetz vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 635) geändert worden ist“ ersetzt.
10. In dem Wortlaut von § 44 wird die Angabe „das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 605) geändert worden ist“ durch die Angabe „das zuletzt durch die §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 643) geändert worden ist“ ersetzt.
11. In dem Einleitungssatz von § 46 wird die Angabe „die zuletzt durch Verordnung vom 26. März 2025 (GVBl. S. 86) geändert worden ist“ durch die Angabe „die zuletzt durch die §§ 1 und 2 der Verordnung vom 12. Dezember 2025 (GVBl. S. 714) geändert worden ist“ ersetzt.
12. In dem Einleitungssatz von § 47 wird die Angabe „die zuletzt durch § 7 des Gesetzes vom 9. Dezember 2024 (GVBl. S. 579) geändert worden ist“ durch die Angabe „die zuletzt durch Verordnung vom 8. Oktober 2025 (GVBl. S. 549) geändert worden ist“ ersetzt.
13. In dem Wortlaut von § 54 wird die Angabe „die zuletzt durch Verordnung vom 19. Dezember 2022 (BayMBl. Nr. 760) geändert worden ist“ durch die Angabe „die zuletzt durch Verordnung vom 3. Dezember 2025 (GVBl. S. 613) geändert worden ist“ ersetzt.
14. In dem Wortlaut von § 58 (nach ÄA der Regierungsfraktion/en: § 57) wird nach der Angabe „(GVBl. S. 548, BayRS 35-2-F)“ die Angabe „ ,die durch Verordnung vom 21. November 2025 (GVBl. S. 606) geändert worden ist,“ eingefügt.

15. In dem Einleitungssatz von § 63 (nach ÄA der Regierungsfraktion/en: § 61) wird die Angabe „das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 28. April 2025 (GVBl. S. 107) geändert worden ist“ durch die Angabe „das zuletzt durch die §§ 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 643) geändert worden ist“ ersetzt.
16. In dem Wortlaut von § 75 (nach ÄA der Regierungsfraktion/en: § 73) wird die Angabe „das zuletzt durch die §§ 8 und 9 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 605) geändert worden ist“ durch die Angabe „das zuletzt durch die §§ 7, 8 und 9 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 643) geändert worden ist“ ersetzt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9959 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9491 und 19/9624 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9162, 19/9173, 19/9243, 19/9494 und 19/9628 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9152, 19/9153, 19/9154, 19/9155, 19/9156, 19/9157, 19/9158, 19/9159, 19/9160, 19/9161, 19/9163, 19/9168, 19/9169, 19/9171, 19/9172, 19/9175, 19/9324, 19/9492, 19/9493, 19/9495, 19/9625, 19/9626, 19/9627, 19/9630, 19/9631, 19/9632, 19/9633, 19/9634, 19/9635, 19/9636 und 19/9651 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9164 und 19/9165 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9701, 19/9702 und 19/9816 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9622, 19/9623, 19/9629 und 19/9637 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9166, 19/9167 und 19/9174 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende